

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/10/2014

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 10.11.2014, Rathaus, Sitzungszimmer 103

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:30 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Peter Egan
Frau Sybille Ott
Herr Achim Reuber
Herr Olaf Waskow

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Bernd Buchholz
Herr Rolf Griesenberg
Herr Volker Hielscher
Herr Horst Marzi

- i. V. f. Herrn Langbehn -

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Reinhard Hampel
Herr Yannick Klix

- Seniorenbeirat, öffentl. Teil -
- KiJuB, öffentl. Teil -

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Horst Kienel
Frau Angela Haase

- Bürgermeister -
- Berichterstatter -
- Protokollführerin -

Entschuldigt fehlt

Stadtverordneter

Herr Dirk Langbehn

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse - *entfällt* -
4. Einwohnerfragestunde - *entfällt* -
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.09/2014 vom 13.10.2014
7. Berichte/ Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.1.1 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen - *entfällt* -
8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 **2014/086**
9. 2. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer **2014/116**
10. Verschiedenes
 - 10.1 Überplanmäßige Auszahlungen für einen Ersatz des "Spiele-schiff Jonathan" auf dem Schulhof der Grundschule Am Hagen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Conring, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Finanzausschuss beschlussfähig ist.

3. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Entfällt; in nichtöffentlicher Sitzung wurden am 13.10.2014 keine Beschlüsse gefasst.

4. Einwohnerfragestunde

- e n t f ä l l t -

5. Festsetzung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Finanzausschusses beschließen einstimmig, die Tagesordnungspunkte wie vorgeschlagen ab TOP 11 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten. Beschlüsse sind nicht zu fassen.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen festgesetzt.

Herr Egan teilt mit, dass er unter TOP 10. – Verschiedenes – eine Nachfrage zum Umgang mit über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Investitionen nach § 95 d GO stellen wird.

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.09/2014 vom 13.10.2014

Es werden folgende Änderungen zu TOP 9. / Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 (Vorlage 2014/086) beschlossen:

1. ***Streichung des letzten Satzes im 1. Absatz: „Die liquiden Mittel neigen sich 2014 dem Ende zu.“***

Keine Einwendungen, der Satz wird gestrichen.

Begründung:

Herr Egan verweist auf TOP 7.1.1/ Liquiditätsentwicklung. Danach könnten nach dem Steuertermin 17.11.2014 die liquiden Mittel bei rd. 13,39 Mio. € liegen. Dieses widerspricht dieser Aussage, da bis zum Jahresende eine Liquidität vorhanden sein könnte, die dazu führt, dass eine Kreditaufnahme 2015 nicht erforderlich ist.

2. ***Korrektur der Erläuterung zu handschriftlich Seite 18 des Protokolls, letzter Satz: „Die Verwaltung erklärt, dass insbes. auf dem Hintergrund des Gebietes Erlenhof die Anteile bei Produkt 55100/ Grünflächenpflege erhöht wurden.“***

Begründung:

Herr Egan erklärt zutreffend, dass die Verwaltung diese Aussage ihm gegenüber korrigiert habe. Daher sollte auch die Aussage im Protokoll korrigiert werden.

Die Überprüfung erfolgte aufgrund einer E-Mail Herrn Egans vom 25.10.2014, die sich wiederum auf eine Information im Werkausschuss bezog. Danach werden die Grünanlagen im Erlenhof von den Investoren erst im Laufe des Jahres 2015 beauftragt. Der Preis beinhaltet auch die Erstpflege für zwei bis drei Jahre durch die beauftragten Gartenbaubetriebe (wegen der Anwachsgarantie). Insofern erscheine die Erhöhung des Planansatzes für Konto 5271 wegen des Erlenhofes erst ab 2017 oder 2018 plausibel.

Die Angabe wurde bestätigt. Aufgrund der zusätzlichen Grünpflegeaufwendungen wegen des Gebietes Erlenhof wurden ab dem Haushaltsjahr 2017 erhöhte Aufwendungen beantragt, jedoch vorerst noch nicht in den Haushaltsentwurf aufgenommen. Die Erläuterung ist wie folgt zu korrigieren:

„Die Erhöhung von 1,210 Mio. € auf 1,320 Mio. € für das Haushaltsjahr 2015 beruht ausschließlich auf den auch für die Stadtbetriebe geltenden Erhöhungen durch die Tarifergebnisse und wurden durch den zuständigen Fachdienst FD IV.2 beantragt.“

Ferner hinterfragt Herr Egan die Anmerkung der Verwaltung zu 4./ Defizitabdeckung badlantic. Hierzu wurde von ihm angeregt, den Planansatz von 1,8 Mio. € auf 1,6 Mio. € zu reduzieren. Die Verwaltung bestätigt, dass 2015 aufgrund der beabsichtigten rückwirkenden Vertragsauflösung mit E.ON auch Abschreibungen für das Unterdeck zu berücksichtigen sind. Diese sind ggf. im Rahmen des Defizitausgleichs dann nicht zu berücksichtigen, wenn keine Reinvestitionen anstehen. Die Sitzung des Aufsichtsrates bleibt abzuwarten.

7. Berichte/ Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Berichte gem. § 45 c GO

Der Berichterstatter teilt mit, dass mit Schreiben vom 20. Oktober 2014 die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Ahrensburg für das Haushaltsjahr 2014, die auch eine Änderung des Stellenplanes umfasst, genehmigt wurde. Die Amtliche Bekanntmachung sei zwischenzeitlich erfolgt. Der Innenminister habe mitgeteilt, dass die Hinweise aus dem Erlass vom 03. März 2014 zum Ursprungshaushalt 2014 der Stadt Ahrensburg fort gelten.

7.1.1 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Liquiditätsentwicklung

Der Bericht umfasst den Zeitraum bis Jahresende 31.12.2014. Der Berichterstatter teilt mit, dass sich derzeit rd. 1,54 Mio. € auf städtischen Konten befinden, ferner sind 3,5 Mio. € als Tagegeld angelegt. Daneben werden rd. 5,47 Mio. € Gewerbesteuern und 1,15 Mio. € Grundsteuern zum Steuertermin 15.11.2014 erwartet. Als Vorauszahlung für das IV. Quartal 2014 wird ein Einkommensteueranteil von rd. 2,7 Mio. € sowie ein Umsatzsteueranteil von ca. 465 TEUR erwartet, **in Summe somit rd. 14,82 Mio. €.**

In den nächsten Wochen fließen folgende Finanzmittel ab:

2,54 Mio. €. Kreis- und Finanzausgleichsumlage, 340 TEUR Sozialhilfe, 520 TEUR Beamtenbesoldung, 250 TEUR Lohnsteuern, 148 TEUR Defizitabdeckung badlantic und rd. 2,16 Mio. € Entgelte für tariflich Beschäftigte. Daneben sind aufgrund des aktuellen Protokolls Mindestauszahlungen von 300 TEUR zu leisten. Die laufenden Tagesausgaben sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Nach diesem genannten Aufwendungen betrüge die Summe der Ausgaben rd. 6,26 Mio. €, sodass ein Bestand von 8,5 Mio. € verbliebe. Bis zum Jahresende ist diese Betrachtung jedoch nicht aufrecht zu erhalten. Es werden weitere Erträge, im Wesentlichen aber weitere Aufwendungen, entstehen. Daher wurden Aufwendungen von rd. 8 Mio. € (statt 6,26 Mio. €) angenommen und weitere 2 Mio. € investive Auszahlungen, da bis zum Jahresende erfahrungsgemäß weitere Schlussrechnungen und investive Auszahlungen erfolgen. **Dieses berücksichtigend, könnte zum Ende des Jahres 2014 ein Bestand an liquiden Mitteln von rd. 4,5 bis 5,0 Mio. € bestehen.** Auch dieses ist naturgemäß nur eine Schätzung.

Der Berichterstatter teilt ferner mit, dass die Verwaltung aufgrund der Entwicklungen der Finanzrechnung eine Kontrollbetrachtung angestellt habe. Auch hier wird über einen anderen Rechenweg ein Bestand liquider Mittel zum Stand 31.12.2014 von ca. 4,5 Mio. € für wahrscheinlich gehalten.

Unter Berücksichtigung der Investitionen aus dem 1. Entwurf und des Umstandes, dass Tilgungsausgaben nicht über Kredite finanziert werden dürfen, ergibt sich für das Haushaltsjahr 2015 eine Neuverschuldung von rd. 2,3 Mio. €. Für die Haushaltsjahre ab 2016 ermitteln sich Neuverschuldungen in einer Größenordnung von für 2016 rd. 4,8 Mio. €, für 2017 rd. 3,5 Mio. € und für 2018 von rd. 3,2 Mio. €.

8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

Der Vorsitzende referiert als Einstieg in die Haushaltsberatung kurz anhand einiger Folien zur Frage, ob eine Neuverschuldung zwingend vermieden werden müsse. Er verweist auf z. B. Detroit/ USA oder die Stadt Oberhausen mit Überschuldung, ferner auf den Bundeshaushalt, wonach erstmals wieder nach 50 Jahren ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden solle.

Der Zeitraum zwischen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 und den beiden Jahresabschlüssen bis 2010 zeige, dass die Eigenkapitalquote (EK-Quote) der Stadt abnehme. Das Eigenkapital habe am 01.01.2009 = 106,3 Mio. € (EK-Quote 58,4 %) betragen und sei zum 31.12.2010 auf 101,2 Mio. € (EK-Quote 51,57 %) gesunken. 2010 sei eine Neuverschuldung von rd. 11 Mio. € zur Finanzierung der Investitionen unumgänglich gewesen, dieses zeige deutlich, dass die Stadt ihre Investitionen nicht mehr aus eigener Kraft finanzieren könne. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass 2010 für rd. 5,4 Mio. € allerdings Grunderwerb – insbes. für Flächen des B-Plan-Gebietes 88 – erfolgte. Der Vorsitzende bestätigt dieses, rd. 5,5 Mio. € wurden jedoch für weitere Investitionen benötigt. Auf den ungedeckten Investitionsbedarf des Haushaltsentwurfes 2015 bis 2018 von im Saldo 7,24 Mio. € für 2015 und rd. 5,5 Mio. € in den Folgejahren wird verwiesen. Dem stehen liquide Mittel von geschätzt 4,5 Mio. € bis 5 Mio. € zum Jahresende 2014 – siehe Bericht zur allgemeinen Finanzlage – gegenüber.

Der Berichterstatter weist darauf hin, dass ein geänderter Haushaltserlass für 2015 – bezogen auf die Schlüsselzuweisungen - eingetroffen sei. Am morgigen Tag wird außerdem die Höhe des Hebesatzes der **Kreisumlage** bekannt werden. Ferner soll morgen die regionalisierte Steuerschätzung vorliegen, die für das Land und somit auch für die Stadt zu Einnahmeverlusten führen wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Hebesatz der Kreisumlage steigt um + 1,5 % auf 36,0 %. Die Nachbetrachtung Haushaltserlass, Kreisumlage und regionalisierte Steuerschätzung führt im Saldo für 2015 zu einem weiteren Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von 355 TEUR und belastet im Jahr 2016 die Stadt mit zusätzlich 780 TEUR, im Jahr 2017 mit rd. 700 TEUR und im Jahr 2018 mit rd. 185 TEUR. Die Änderungen werden in eine offizielle 1. Änderungsliste aufgenommen.

Der Berichterstatter verteilt eine inoffizielle 1. Änderungsliste. Die dort genannten Veränderungen werden erläutert. Insbes. wird darauf hingewiesen, dass die **Erträge** aus Grund- und Vergnügungssteuern erhöht wurden, ferner seien im Produkt 36515/ KiTa's in fremder Trägerschaft die Erträge um 70 TEUR erhöht worden und in Höhe von 40 TEUR eine Kostenerstattung bei räumlichen Planungsmaßnahmen veranschlagt. Allerdings entfallen nach Auflösung der Bad-Verträge ab 2015 Erträge von 158.500 € p. a. (PSK 61200.4691000).

Bei den **Aufwendungen** wurde das von der Stadt an die BBG zu zahlende Defizit um 50 TEUR auf 1,75 Mio. € abgesenkt. Eine deutliche Anhebung ergibt sich jedoch bei Beihilfen (+ 53 TEUR).

Abgesenkt wurden ferner die Schulkostenbeiträge an die Waldorfschulen/Produkt 21815 und die Kosten der Schülerbeförderung. Herr Egan erklärt, dass damit einige seiner Änderungsvorschläge bereits aufgegriffen worden seien.

Eine Änderungsliste zu Investitionen wird nicht verteilt. Es wird darauf hingewiesen, dass bisher noch keine Protokolle zu Haushaltsberatungen vorliegen.

Der Berichterstatter teilt mit, dass hinsichtlich der Bad-Verträge E.ON um ein Gespräch gebeten habe, dass für den 02.12.2014 terminiert sei. Mehrere Ausschussmitglieder weisen darauf hin, dass die Belastungen für das Bad unverändert hoch seien und im Hinblick auf entfallende Erträge ab 2015 sich die städtische Haushaltslage dann negativer als bisher darstelle. Dieses könne nicht in städtischem Interesse sein. Der Berichterstatter teilt mit, dass auch unabhängig von den Bad-Verträgen zusätzliche Aufwendungen z. B. im Bereich des Personalaufwandes und der Bauunterhaltungskosten entstehen. Diese Aufwendungen hätten vorrangig mit der Aufgabe des Vertragswerkes zu tun.

Herr Egan weist darauf hin, dass Herr Bauer von der enwima AG ein Defizit von rd. 1,45 statt 1,75 Mio. € ermittelt habe. Dieses sei aus seiner Sicht auch zu veranschlagen. Herr Dr. Buchholz fordert, den Aufsichtsrat mit entsprechenden Vorgaben auszustatten, ein Defizit von ca. 1,5 Mio. € zu beschließen. Zusätzliche Aufwendungen bei Gesellschafterveränderungen seien nicht unüblich, sie sollten jedoch nicht zu einer erhöhten Belastung im städtischen Haushalt führen. Der Vorsitzende schließt sich diesem Statement an. Die Stadt müsse den städtischen Vertretern im Aufsichtsrat eine Zielvorgabe nennen.

Herr Reuber fragt nach, wie sich das Defizit von 1,75 Mio. € ermittele. Wenn dieses nicht schlüssig sei, plädiere auch er für eine Herabsetzung des Defizites. Die Erläuterung dazu soll in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses vorgetragen werden.

Der Berichterstatter teilt ferner mit, dass sich positive Veränderungen ergeben, wenn die Erschließung des B-Plan-Gebietes 88 nicht durch die Stadt erfolge. Hierüber wird im nichtöffentlichen Teil näher berichtet.

Herr Egan teilt mit, dass die Personalkostenerhöhung bei PSK 11155.5012000 ihm nicht plausibel erklärt werden konnte. Sie steige 2015 um 50 TEUR. Er bittet um eine Erläuterung im Rahmen des Protokolls.

Anmerkung der Verwaltung:

Bezug nehmend auf die Frage wurden die Personalkostenplanansätze 2015 den Kosten für 2014 gegenübergestellt, um eine Erklärung für die Steigerung zu erhalten. Dabei ist aufgefallen, dass die Kosten einer Bauzeichnerin, die als Nachfolge für eine seit dem 01.12.2013 in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befindliche Mitarbeiterin, in den Personalkosten für 2014 nicht eingerechnet wurden. Die neue Mitarbeiterin ist seit dem 01.01.2014 für die Stadt Ahrensburg tätig. Für 2015 sind diese Kosten in Höhe von rd. 45.000 € eingeplant. Versehentlich wurden die Kosten bei der Planung für 2014, die im Juni 2013 erfolgte, nicht berücksichtigt.

Ferner ist für einen Mitarbeiter, der bis September 2015 teilzeitbeschäftigt ist und ab Oktober 2015 voraussichtlich wieder in Vollzeit arbeitet, die Steigerung der Personalkosten in Höhe von rd. 4.000€ eingeplant. Die verbleibende Differenz von etwa 17.000 € ist auf die prozentuale Erhöhung von 2,4 % bei den Tarifbeschäftigten bzw. 2,75 % bei den Beamten zurückzuführen.“

Der Vorsitzende teilt mit, dass seine Fraktion zum Haushalt 2015 getagt habe und folgende Positionen hinterfragen werde:

- Organisationsuntersuchung (140 TEUR)
- Unterhaltung des Industriestammgleises (40 TEUR)
- Luftbildbefliegung
- Verschieben der LSA Manhagener Allee/ Bargenkoppelredder

Herr Hielscher ergänzt, dass er den Benefit für die Homepage des **Stadtarchivs** (3.500 €) erklärt haben wolle.

Anmerkung der Verwaltung:

1. *Das Ahrensburger Stadtarchiv verfügt über viele Bestände in bereits digitalisierter Form. Dazu gehört das umfangreiche Bildarchiv (weit über 20.000 digitale Motive ab ca. 1870), das kleine Filmarchiv sowie die so genannten Familienstammtafeln, eine ausgewertete Fassung der Kirchenbücher nach Namen ab ca. 1600. Zudem liegen viele Texte vor, die neben der Chronik besondere Themen beleuchten - wie Biographien, Zusammenstellungen über Siedlungsgeschichte, Tunneltal, Rathaus etc.*
2. *Die Anfragen an das Archiv kommen überwiegend per email, Nachfragen nach Unterlagen werden fast ausschließlich nach digitalen Formaten gestellt, Schüler nutzen nur noch Dateien.*
3. *Die Archiv-Informationen über die Stadt, die auf dem derzeitigen web-Auftritt eingestellt werden können, sind schlecht zu finden und sehr wenig zu sortieren. Ein eigener kleiner ikiss des derzeitigen providers bietet kaum Vorteile. Erst ein eigener Auftritt, der z.B. auch vom städtischen provider oder einer anderen Agentur erstellt werden und direkt an die städtische homepage angeschlossen sein kann oder verlinkt sein kann, würde die notwendigen Funktionen bieten.*
4. *Der beantragte Betrag von 3.500 Euro würde für die Planung einer ausbaufähigen Homepage verwendet werden, auf in Zukunft die digitalen Inhalte des Archivs bequem über das Netz verfügbar gemacht werden und entweder über Bestellformulare oder „shop-Funktionen“ auch erworben werden können - wie zum Beispiel historische Aufnahmen.*
5. *Eine informative Homepage zur Stadt und Ihrer Geschichte stärkt das positive Image der Stadt Ahrensburg und die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt und bietet Schülern, Studenten und auch Gewerbetreibenden die Recherche- und download-Möglichkeiten der Unterlagen und Fotomotive (auch das Jahr 2013 ist bereits „historisch“!) für Projektarbeiten, Flyer, Publikationen etc.*

Ferner fragt er nach, wo die beantragten **10 Tablets** eingesetzt werden sollen.

Hierzu wird mitgeteilt, dass diese an weitere Mitglieder und bürgerliche Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ausgegeben werden sollen.

Zum Hintergrund der **Organisationsuntersuchungen** für die Fachbereiche IV und II berichtet der Bürgermeister, dass aus Altersgründen 2015 zwei Fachdienstleiter ausscheiden (Jugendpflege, Standesamt). Daher sei dieses die beste Möglichkeit, die Organisation zu überprüfen und Optimierungsmöglichkeiten festzustellen. Gerade im Bereich der Jugendpflege haben sich die Anforderungen durch die Schulsozialarbeit verändert. Nachgefragt wird, warum angesichts der Organisationseinheit im Hause die Organisationsuntersuchung nicht intern erfolge. Für den Bereich des Einwohnermeldeamtes und des Standesamtes lägen Standards vor, anhand derer eine Organisationsuntersuchung durchgeführt werden könnte. Für den Fachbereich IV/ Bauen sei eine externe Organisationsuntersuchung allerdings vorstellbar.

Ein anderes Ausschussmitglied weist darauf hin, dass es gerade bei standardisierten Verwaltungseinheiten wichtig sei, den Blick zu weiten. Sofern interne Kenntnisse vorteilhaft und vorhanden sind, sollte eine Organisationsuntersuchung intern erfolgen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass grundsätzlich für umfassende Organisationsuntersuchungen der Fachdienst I.3 zu schwach aufgestellt sei (Stellenanteil 1,0).

Hinsichtlich der Organisationsuntersuchung für den Fachbereich IV sprechen sich mehrere Mitglieder dafür aus, diese zu verschieben. Zunächst sollte eine neue Fachbereichsleitung für den Fachbereich IV gefunden werden und diese sollte beteiligt werden. Da durch den Stellenplanentwurf 2015 die Möglichkeit geschaffen werden soll, die Leitungsstelle auszuschreiben, ist davon auszugehen, dass die Neubesetzung auch im 1. Halbjahr 2015 erfolgt. Bis dahin könnten die Mittel zur Organisationsuntersuchung im Haushalt durch einen Vermerk gesperrt werden.

Die Verwaltung verweist zur Unterhaltung des **Industriestammgleises** auf die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 05.11.2014.

Anmerkung der Verwaltung (Auszug aus dem Protokoll des BPA)

Auf Nachfrage eines Ausschussmitgliedes wird über den heutigen Zustand des Industriestammgleises diskutiert, der geprägt ist durch den jahrelangen Verzicht auf eine Grundunterhaltung. Der pauschale Ansatz in Höhe von 40 TEUR ist erforderlich, um eine einmalige Grundpflege durchführen zu können mit dem Ziel, die Baulichkeit nicht vollends dem Wildwuchs mit der starken Wurzelbildung zu überlassen. Die Mittelbereitstellung sei insofern Grundvoraussetzung, um das Gleis überhaupt wieder unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten in einen nutzbaren Zustand bringen zu können.

Der Finanzausschuss diskutiert über die Notwendigkeit der Unterhaltungskosten, angesichts dessen, dass derzeit kein Interesse an einer Nutzung besteht. Zur Notwendigkeit bestehen verschiedene Auffassungen.

Zur **Gebäudeleittechnik (GLT)** wird erneut die Sinnhaftigkeit hinterfragt. Es liegen noch keine Einsparergebnisse vor. 2015 werden jedoch erneut 38 TEUR erbeten, dieses für die Grundschule Am Aalfang.

Der Berichterstatter teilt mit, dass der BKSA in seiner Sitzung am 06.11.2014 dem Antrag der SPD auf Streichung des Ansatzes entsprochen haben sollte. Angesichts dessen bittet der Vorsitzende um eine erneute **Vorlage** im kommenden Haushaltsjahr über die **Ergebnisse der Gebäudeleittechnik** im Rahmen einer Einzelvorlage. Diese sollten mit Kosteneinsparungen unterlegt werden. Ferner soll dargelegt werden, was bereits investiert wurde (welche Gebäude mit welchem Kostenvolumen?) und welche Gebäude mit welchem Kostenvolumen noch mit Gebäudeleittechnik ausgestattet werden sollen.

Die Verwaltung weist im Übrigen darauf hin, dass die Kostenansätze den GLT im Finanzhaushalt unter Konto 7853002 (Zeile 31) für die Jahre 2014 bis 2018 ersichtlich sein.

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich bei den weiteren Mitgliedern des Finanzausschusses, welche – auch investiven – Entlastungsmöglichkeiten diese zum Haushalt 2015 ff erkannt hätten. Es wird erklärt, dass

- z. B. der Erweiterungsbau der Grundschule Am Reesenbüttel verschoben werden könnte (evtl. – 0,7 Mio. €),
- die energetische Sanierung des Eduard-Söring-Saales komplett gestrichen werden sollte, das heißt auch für die Folgejahre,
- Investitionen strukturiert werden sollen nach
 - Investitionen, die keine Folgekosten verursachen und
 - Investitionen mit Angabe der Folgekosten.

Ferner wird angeregt, für einzelne Produktgruppen eine erkennbare Zielplanung zu schaffen. Dieses könne z. B. durch verbindliche Vorgaben erfolgen, auch für Investitionen. Der Bürgermeister erklärt, dass er dieses 2010 angeregt habe, dem sei nicht gefolgt worden.

Herr Reuber führt aus, dass Ahrensburg auch für die Ansiedlung neuer Unternehmen attraktiv werden müsse. Hier sei auch die Straßensanierung/ der Straßenneubau zu nennen, der nicht dauerhaft vernachlässigt werden dürfe. Für eine Änderung der Steuerhebesätze sehe die SPD derzeit allerdings keine Mehrheit. Für eine Projektpriorisierung – wie zuvor angesprochen – bedürfe es s. E. Vorgaben an die Verwaltung.

10. Verschiedenes

10.1 Überplanmäßige Auszahlungen für einen Ersatz des "Spielschiff Jonathan" auf dem Schulhof der Grundschule Am Hagen

Herr Egan trägt vor, dass er am 06.11.2014 im BKSA zur Ersatzbeschaffung für das Spielschiff „Jonathan“ anwesend gewesen sei und fragt nach, ob dieses nicht eine Angelegenheit des Haushaltes 2015 gewesen wäre. Es stellt sich die Frage, wie nach § 95 d GO die Unabweisbarkeit der Ausgabe begründet wird. Diese liege s. E. nicht vor. Ferner halte er den Zeitpunkt der Beratung zeitgleich mit den Haushaltsberatungen für ungünstig.

Der Bürgermeister stimmt dem grundsätzlich zu. Sicherlich könne die Anschaffung statt 2014 in 2015 erfolgen. Er erläutert allerdings auch, dass die Ersatzbeschaffung bereits zweimal Gegenstand in Sitzungen des BKSA gewesen sei und er daher seinen „guten Willen“ zeigen wollte und ferner der Haushaltsentwurf 2015 bereits vorlag.

Der Begriff der Unabweisbarkeit sei zugegebenermaßen etwas gedehnt worden. Positiv sei jedoch, dass in Höhe von 30 TEUR ein Deckungsvorschlag durch nicht benötigte Investitionsmittel beim Bau einer Turnhalle der Grundschule Am Hagen – und somit vorhanden gewesen sei. Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der BKSA abweichend vom Beschlussvorschlag einer Mehrauszahlung von in Höhe 30.000 € statt 52.800 € zugestimmt habe. Die Ausschreibung stehe noch aus, er hoffe, dass auch in dieser Höhe ein Ersatz des Spielschiffes möglich werde.

gez. Christian Conring
Vorsitzender

Angela Haase
Protokollführerin